Beschluss des Landrats vom 24.09.2026

Nr. 1993

2. Zur Traktandenliste 2026
2025/565; Protokoll: ps, gs

Landratspräsident **Andreas Dürr** (FDP) informiert, die Geschäftsleitung beantrage die verbundene Beratung der Traktanden 17 und 18.
Abgesetzt werden muss Traktandum 14, eine Vorlage betreffend 11 Einbürgerungsgesuche, weil die Petitionskommission die Beratung dazu noch nicht abschliessen konnte. Deshalb liegt noch kein Kommissionsbericht vor.
Als Präsident der Finanzkommission beantragt Florian Spiegel die Absetzung von Traktandum 22, dem Geschäfts- und Nachhaltigkeitsbericht der Kantonalbank. Dies mit folgender Begründung: An der Kommissionssitzung erfolgte die Beschlussfassung bereits, obwohl noch Fragen offen blieben, da die Kommission davon ausgehen konnte, diese rechtzeitig für den Kommissionsbericht beantwortet zu erhalten. Nun gingen die Antworten wider Erwarten nicht rechtzeitig ein, weshalb die Kommission mit der Berichterstattung zuwarten muss.
Wegen der Abwesenheit von Marc Scherrer am Nachmittag wird Traktandum 29 abgesetzt.

Peter Riebli (SVP) beantragt im Namen des Initiativkomitees der BLKB-Initiative die Absetzung von Traktandum 20. Es geht nicht darum, wer eine politische Schuld am Fiasko trägt, sondern wie verhindert wird, dass in Zukunft dasselbe nochmals geschieht. Diese Fragen betreffen die Governance, Aufsicht, Oberaufsicht und Kommunikation zwischen den verschiedenen Stellen in der Bank mit dem Regierungsrat, der Finanzkommission und dem Landrat. Das Initiativkomitee hat gehofft, dass die Initiative und der Gegenvorschlag erst im Landrat beraten werden, wenn der PUK-Bericht vorliegt. Dieser könnte dazu führen, dass eine nachträgliche Anpassung des heute diskutierten Kantonalbankgesetzes erforderlich würde. Es geht vor allem um Fragen der Oberaufsicht. Selbst die Finanzkommission hat in ihrem Bericht festgehalten, dass der PUK-Bericht zu einer nachträglichen Anpassung der Gesetzesvorlage führen könnte. Das Initiativkomitee hält es nicht für zielführend, an der heutigen Sitzung über etwas zu diskutieren, das nochmals angepasst werden muss, und beantragt deshalb die Sistierung des Traktandums, bis der PUK-Bericht vorliegt. Die Gesetzgebung soll in einem Aufwisch angepasst werden, um sicherzustellen, dass eine Misere wie diejenige der Radicant nicht mehr geschehen kann.

Andreja Weber (FDP) führt aus, die Absetzung des Traktandums 20 könne unterschiedlich betrachtet werden. Einerseits ist es sinnvoll, auf den PUK-Bericht zu warten, um zu verhindern, dass die Abstimmung über die Initiative zeitgleich mit der Veröffentlichung des PUK-Berichts erfolgt, weil das KB-Gesetz allenfalls ein zweites Mail revidiert werden müsste. Andererseits beschäftigt sich die PUK mit dem Thema Radicant, während die Initiative noch zusätzliche Punkte aufgreift. Aus diesem Grund gibt es keinen Grund, die Behandlung der Initiative länger aufzuschieben. Zudem bewirkt die Initiative, solange sie noch hängig ist, eine gewisse Verunsicherung für die Bank und ihre Angestellten. Dies gilt es mit zu berücksichtigen.

Silvio Fareri (Die Mitte) erklärt, für die Mitte-Fraktion überwiege der Aspekt, dass das Gesetz möglicherweise erneut angepasst werden müsste. Deshalb wird sie mehrheitlich dem Antrag von Peter Riebli zustimmen.

Stephan Ackermann (Grüne) sagt, der Antrag komme überraschend. Man hörte, der Kontakt mit den Initianten sei gesucht und eine Fristverlängerung abgelehnt worden. Wurde das Initiativkomi-

tee um Fristverlängerung gebeten und hat es diese abgelehnt, hat der Redner Mühe mit dem Antrag. Es stellt sich die Frage, ob eine Sistierung das Richtige ist oder ob heute nicht lieber auf das Geschäft eingetreten und dieses an die Finanzkommission zurückgewiesen werden solle. Auch die FIK kommt allenfalls aufgrund des PUK-Berichts zu einem anderen Schluss. Nicht Sistierung, sondern Rückweisung an die FIK wäre der richtige Weg. Die Grüne/EVP-Fraktion ist offen. Im Moment ist sie jedoch dagegen, dass das Traktandum abgesetzt wird.

Pascale Meschberger (SP) sagt, der Antrag komme überraschend und sei nicht in der SP-Fraktion besprochen worden. Ein Teil der Fraktion wäre mit Absetzung einverstanden, vorausgesetzt, das Initiativkomitee gewährt eine Fristverlängerung.

Als Präsident des Initiativkomitees würde **Peter Riebli** (SVP) einen Antrag auf Sistierung nicht stellen, wenn das Komitee nicht mit einer Fristverlängerung einverstanden wäre. Das Initiativkomitee wurde nie um eine Fristverlängerung angefragt oder ob es die Initiative zurückziehen würde. Heute wird die Absetzung vorgeschlagen, weil der Bericht der FIK zeigt, dass eine Unsicherheit besteht, ob das Gesetz kurz nach seiner Verabschiedung erneut angepasst werden müsste. Dies macht keinen seriösen Eindruck und ist unnötige, doppelte Arbeit. Das Initiativkomitee gewährt die Fristverlängerung und es erscheint zielführender, wenn bei Vorliegen des PUK-Berichts allenfalls ein Kompromiss gefunden und die Initiative zurückgezogen werden kann. Mit der Sistierung vergibt man sich nichts, im Gegenteil: Es kann auf einer gesicherten Basis entscheiden werden. Der Landrat sollte anhand von Fakten und nicht Vermutungen, was im PUK-Bericht stehen könnte, entscheiden.

Manuel Ballmer (GLP) sagt, der Antrag sei überraschend gekommen und die Fraktion habe sich nicht abstimmen können. Im Zweifelsfall soll die Vorlage debattiert werden, damit mehr Zeit bleibt, das zu überlegen. Gewisse Fraktionsmitglieder halten den Zeitpunkt für nicht geeignet, um die Initiative zu diskutieren, weil im Gegenvorschlag vielleicht noch etwas fehlt und die PUK an der Arbeit ist. Diese Argumente findet der Redner jedoch nicht so stichhaltig, denn dass die Initiative weiter geht als die Untersuchung der PUK, ist bereits seit langem bekannt. Es ist erstaunlich, dass erst jetzt gesagt wird, der PUK-Bericht solle abgewartet werden.

Für **Marco Agostini** (Grüne) geht es nicht, dass ein solcher Antrag nicht mit den Fraktionen besprochen wird. Das ist ein *No-go*. Solche Anträge sollten zumindest ein, zwei Tage vorher kommuniziert werden. Es wäre sehr einfach gewesen, wenn Peter Riebli den Redner informiert hätte, dass dieser Antrag gestellt wird, dann hätte die Fraktion darüber diskutieren können. Der Redner ist gegen Absetzung des Traktandums.

Florian Spiegel (SVP) sagt, der zuständige Regierungsrat und er als Kommissionspräsident hätten sich abgesprochen. Eine Absetzung wäre nicht so tragisch. Die Kommission hat sich bewusst und im vollen Wissen um die PUK-Berichterstattung für eine Traktandierung der Initiative entschieden. Es ist nicht absehbar, wann der PUK-Bericht vorliegt. Wäre dieser Zeitpunkt bekannt oder nahe gewesen, hätte die FIK warten können. Wann die Initiative diskutiert wird, spielt keine Rolle – die FIK hat ihre Arbeit getan. Die Vertreter des Initiativkomitees waren in der FIK und definierten die roten Linien. Solange die roten Linien nicht angepasst würden, werde die Initiative nicht zurückgezogen, wurde gesagt. Die FIK passte die aus ihrer Sicht schädlichen roten Linien nicht an, weshalb für das Initiativkomitee eine Rückzugsoption nicht besteht.

Christine Frey (FDP) erlaubt sich als Mitglied des Initiativkomitees einige Gedanken. Das Komitee wurde in der FIK angehört und es wurde angefragt, ob die Initiative zeitlich hinausgezögert werden könne, bis der PUK-Bericht vorliegt, um allfällige Erkenntnisse in den Gegenvorschlag einfliessen

zu lassen. Die FIK entschied sich gegen eine Verschiebung des Geschäfts. Das Initiativkomitee hat sich intensiv mit dem Gegenvorschlag auseinandergesetzt. Falls heute eine Debatte stattfindet, werden 15 Anträge gestellt, um einzelne Passagen der Initiative in den Gegenvorschlag einzubringen. Es sollte überlegt werden, das Geschäft zurückzustellen, damit nicht im kommenden Frühjahr genau dann über Initiative und Gegenvorschlag abgestimmt wird, wenn der PUK-Bericht veröffentlicht wird. Es sollte sachlich darüber diskutiert werden. Für die Rednerin geht beides – es ist wichtig und richtig, dass sich der Landrat eingehend mit den Ideen der Initiative auseinandersetzt, das hat die Initiative verdient. Es wäre aber auch in Ordnung, eine Fristverlängerung zu gewähren, bis der PUK-Bericht vorliegt, und dann die nächsten Schritte zu definieren.

Regierungsrat **Anton Lauber** (Die Mitte) sagt, es sei klar, dass dieses Traktandum Fragen aufwerfe. Die Hauptstossrichtung der Initiative ist die Rückstufung auf eine Regionalbank. Da stellen sich Fragen für die künftige Entwicklung einer Bank. Diese Unsicherheit sollte nicht allzu lange bestehen und man sollte sich der Thematik stellen, was die künftige Ausrichtung der Bank sein wird. Bevorzugt wird, das Geschäft heute zu diskutieren, auch wenn sich mit den15 Anträgen wohl niemand auseinandersetzen konnte. Dies erschwert die Diskussion. Der Vorteil ist jedoch, dass klar wird, worum es geht. Wird die Diskussion geführt, sind auch die 15 Anträge bekannt. Anschliessend kann die Vorlage immer noch nach der ersten Lesung sistiert werden. Dies hängt wohl auch davon ab, wie viele Anträge angenommen werden. Den Fragen muss man sich stellen. Der Gegenvorschlag wurde im Eilzugstempo ausgearbeitet. Es wäre gut, wenn die Initiative beraten würde.
Es ist nicht bekannt, wann die Resultate der Untersuchung der PUK vorliegen werden. Wenn es um die Governance geht, wird dies eher im Gesetz zur Corporate Governance diskutiert werden müssen und nicht im Rahmen des Bankengesetzes. Diesbezüglich ist ohnehin zur Vorsicht zu mahnen: Es handelt sich um ein kompliziertes Gesetz, das auch von der FINMA angeschaut werden wird. Es ist wichtig, eine grosse Sorgfalt an den Tag zu legen. Das zeigt das anwaltliche Gutachten, das zum Thema eingeholt wurde. Es wäre interessant zu wissen, welche Anliegen das Parlament hat, dann kann mit diesen weitergearbeitet werden.

Florian Spiegel (SVP) hat nach kurzer Rücksprache in der FIK eine Frage an das Initiativkomitee beziehungsweise an das Landratspräsidium. Wie viele der 15 Anträge betreffen die Oberaufsicht und wie viele die Bank?

Christine Frey (FDP) antwortet, dass es ungefähr vier Anträge zur Oberaufsicht seien. Die Rednerin hat eine Tabelle mit einer Spalte «aktuelles Gesetz», «Initiativtext», «Gegenvorschlag» und «Anträge». Diese könnte dem ganzen Landrat zugestellt werden, sollte die Sistierung nicht zustande kommen. Die Anträge wurden eingereicht.

Pascale Meschberger (SP) sagt, angesichts der 15 Anträge, die niemand im Vorfeld erhalten habe, werde die SP-Fraktion die Absetzung ablehnen – erpressen lässt sich die Fraktion nicht.

://: Der Antrag auf Absetzung von Traktandum 20 wird mit 52:31 Stimmen ohne Enthaltung abgelehnt.

://: Die Traktandenliste wird nach Absetzung der Traktanden 14, 22 und 29 beschlossen.

– *Zur Dringlichkeit der Motion 2026/6946: Verbindlich koordinierte Gesundheitsversorgungsplanung in den beiden Basel*

Der Regierungsrat lehne die Dringlichkeit ab, sagt Regierungsrat **Anton Lauber** (Die Mitte) in Vertretung von Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektor Thomi Jourdan; bei einer Dringlicherklärung

werde er den Vorstoss als solchen ablehnen. Die Spitalplanung ist aktuell ein Thema zwischen den beiden Basel. Am letzten Montag gab es dazu eine Medienmitteilung. Dort wurde gesagt, man wolle punkto Spitallisten und Versorgungsplanung zusammenarbeiten. Es geht vor allem um neue Wege, die man zusammen in der Akutsomatik, im Bereich der Ambulantisierung bzw. mit der Stärkung dieses Instruments beschreiten will; man will aber auch mit den Ergebnissen der schweizweiten Versorgungsplanung arbeiten.
Das deckt sich also grundsätzlich mit den Zielsetzungen des Motionärs – man muss das also sicher nicht dringlich diskutieren. Man kann aber auch sagen, es gehe eher um die Frage der Spitalplanung seitens KSBL. Dazu hat der Regierungsrat eine Vorlage unterbreitet, sie wird jetzt in der Finanz- und in der Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission intensiv diskutiert. Im Rahmen dieser Vorlage wurde auch geprüft, wie die Zusammenarbeit mit den anderen Nachbarkantonen aussehen könnte, insbesondere Basel-Stadt, Aargau und Solothurn. Dort wurde klar signalisiert, dass aktuell kein Interesse an einer Zusammenarbeit besteht, wenn es um die Infrastruktur geht, also um die Hardware. Auch wenn nun in Basel-Stadt zuhanden der Regierung signalisiert wird, dass sie sich stärker engagieren soll, ist kein dringlicher Handlungsbedarf zu sehen. Die Vorlage steht, die Finanzierung ist definiert – und letztendlich wurde auch die Standortfrage mit mehreren Varianten abgeklärt, so dass man mindestens jetzt das Weiterbestehen und das Weiterfunktionieren des Kantonsspitals Baselland garantieren kann. Wenn man mit Basel-Stadt oder der Region eine Lösung finden will, geht das nicht von einem Tag auf den anderen – das wird wieder 10 oder 15 Jahre dauern, bis man eine Lösung erarbeitet hat und umsetzen kann. Das Kantonsspital Baselland muss auch in dieser Zeit, die man als Zwischenphase bezeichnen könnte, funktionstüchtig sein. Gesundheit hat eine starre Nachfrage, man kann nicht einfach die Türen schliessen. Man soll also das eine tun, das andere aber nicht lassen. Das Spital muss jetzt Sicherheit bekommen und es muss sich weiterentwickeln können. Das andere kann man parallel machen. Die Dringlichkeit ist aktuell nicht zu sehen.

Im Gegensatz zum Regierungsrat will sich **Sven Inäbnit** (FDP) auf die Dringlichkeit beschränken und nicht auf die inhaltliche Diskussion über die pendente Vorlage eingehen, die in den beiden Kommissionen hängig ist. Der Vorstoss verlangt die unverzügliche und verbindliche Aufnahme von Verhandlungen über die Weiterentwicklung der gemeinsamen Gesundheitsregion zwischen den Regierungen von Baselland und Basel-Stadt. Die Misere ist bekannt – es herrscht seit mehreren Jahren Stillstand. Jetzt gibt es eine Steilvorlage aus dem Grossen Rat. Auch dort wurde erkannt, dass nur ein gemeinsamer Weg sinnvoll ist. Diese Chance gilt es unbedingt zu nutzen – und dies nicht erst in fünf Monaten, wenn der Vorstoss ordentlich im Rat traktandiert ist. Dringlichkeit ist gegeben, weil der Grosse Rat diesen Vorstoss schon im Oktober behandeln wird. Was ist es für ein Signal, wenn man nicht einmal bereit ist, die Handreichung entgegenzunehmen und ebenfalls schnell vorwärts zu machen? Anstatt dass man wie heute der Zeitung isolierte Aktionen im Bereich der hochspezialisierten Medizin entnehmen und immer zur Kenntnis nehmen muss, dass man nicht weiterkommt.
Es ist dringlich, es ist kein parteipolitisches Anliegen – es ist im Interesse der gesamten Baselbieter Bevölkerung, dass man über den Schatten springt und die Verhandlungen aufgenommen werden. Das Thema im Baselbiet kann nicht sein: Wir wollen schauen. Jetzt ist der Ball da – es gibt heute mit der Dringlichkeit und dann der Überweisung die Chance, in den Aktionsmodus kommen, wenn der Grosse Rat schon bereit ist, seine Regierung entsprechend aufzufordern. Der Redner bittet im Namen der FDP- und der GLP-Fraktion, die den Vorstoss eingereicht haben, die Dringlichkeit zu unterstützen.

Urs Roth (SP) nimmt vorweg, dass die SP-Fraktion die Dringlichkeit geschlossen ablehnt. Man mag sich erinnern, dass der Redner im Frühjahr ebenfalls einen Vorstoss zur gemeinsamen Spitalplanung, konkret zur Patientenfreizügigkeit, eingereicht hat. Dort wurde die Dringlichkeit ver-

wehrt. Der Redner hatte den Vorstoss dringlich eingegeben, weil man davon ausgehen konnte, dass der Regierungsrat die Spitalliste mit Basel-Stadt per 1. Januar 2027 neu aufsetzt. Nun wurde diese Woche mitgeteilt, dass der Prozess läuft. Dies betrifft die Versorgungsplanung – und nicht die Infrastrukturplanung eines einzelnen Hauses. Das muss man differenzieren – das macht der Motionär zu wenig. Er hat die beiden Dinge öffentlich durcheinander gebracht. Dies sollte aber differenziert betrachtet werden. Dringlichkeit besteht bei der Infrastrukturerneuerung des eigenen Spitals. Dazu gibt es die hängige Vorlage. Dort kommt man aber nicht vorwärts; das ist zu bemängeln. In der Versorgungsplanung wurde der Ball jetzt aber aufgenommen. Man versucht, das Thema im Austausch mit Basel-Stadt neu zu diskutieren. Wenn man also von «hochwertiger Versorgung» und «unnötigen Doppelspurigkeiten» liest, so sind dies Gemeinplätze. Natürlich will das niemand. Man kommt aber nicht vorwärts, indem man die Motion dringlich behandelt.

Tim Hagmann (GLP) verweist ebenfalls darauf, dass am 10. September im Grossen Rat ein annähernd gleichlautender Vorstoss eingereicht wurde. In den kommenden Monaten muss die Regierung Basel-Stadt hierzu Stellung nehmen. Ausnahmsweise ist Basel-Stadt strukturell schneller als Basel-Landschaft – das liegt einfach daran, dass der Grosse Rat einen anderen Prozess hat als der Landrat. Das ist auch der Grund für die Dringlichkeit.
Mit der Dringlichkeit stellt der Landrat sicher, dass die beiden Regierungen zeitnah zueinander Stellung nehmen können. Was ist die Alternative? Sven Inäbnit ist relativ optimistisch bezüglich der fünf Monate bis zur ordentlichen Traktandierung. Das Postulat zur Igelhilfe wurde im Oktober 2025 als dringlich eingereicht, die Dringlichkeit wurde abgelehnt – behandelt wurde es am 10. September, also 11 Monate später. Das Postulat von Marc Scherrer zur Klimapolitik, das heute traktandiert ist, wurde am 13. November 2025 eingereicht; es ist also immer noch nicht behandelt, die früheste Behandlung findet faktisch erst am 22. Oktober statt, das heisst 11 Monate später. Beim Spitaldossier kann man sich das nicht leisten. Wer den Finanzkontrollbericht gelesen hat, weiss, dass der KSBL-Entscheid als wesentliches Risiko markiert wird. Die GPK sagt, der Standort- und Infrastrukturentscheid sei der Elefant im Raum. Es ist *die* Entscheidung der Legislatur – und dennoch will der Landrat das Thema mit diesem Milliardenentscheid nicht einmal dringlich anschauen. Und zuallerletzt: Es ist es ja wunderbar, dass die Regierungen bezüglich der Versorgungsplanung, bei der die GGR zuständig ist, miteinander reden – natürlich, das ist der Auftrag. Das Problem ist, dass sie bei der Infrastruktur nicht miteinander reden, dort, wo man Beton baut. Genau das soll geändert werden. Wenn es eine Dringlichkeit gibt, dann ist das hier – egal, welche Position man einnimmt, sei deshalb bitte der Dringlichkeit zuzustimmen.

Regula Streun-Schäfer (EVP) sagt, dass Dringlichkeit bestehe, wenn ein Zeitdruck gegeben ist. Der Landrat weiss, dass die Finanz- und die Gesundheitskommission schon lange intensiv an diesem Thema sind – und genau diese Fragen beraten. Daher besteht keine Dringlichkeit.

Markus Graf (SVP) dankt Tim Hagmann für die sehr ausführlichen Ausführungen. Die SVP-Fraktion hat das Thema KSBL heute Morgen sehr eng thematisiert – aus zeitlichen Gründen hatte sie aber hier keinen Entschluss gefasst. Der Vorstoss wird aber entweder dringlich überwiesen – oder man kann es gleich sein lassen. Die Auswirkungen hat Tim Hagmann dargelegt. Sven Inabnit könnte ihn also zurückziehen. Man ist es den Wählerinnen und Wählern, bei denen die steigenden Prämien zuoberst auf dem Sorgenbarometer stehen, aber schuldig, dass man Dringlichkeit gewährt.

Der Vorstoss stamme nicht allein von Sven Inäbnit, sondern von der FDP- und der GLP-Fraktion, hält **Alain Bai** (FDP) fest. Die beiden Fraktionen haben also zusammen entschieden, diesen Vorstoss einzureichen – und sie haben zusammen entschieden, ihn wegen der laufenden Spitalplanung als dringlich einzureichen. Es wurde gesagt, die Spitaldiskussion sei am Laufen. Der Landrat

wird demnächst über richtungsweisende Investitionen in die Spitäler des Kantons beraten. Darum besteht die Auffassung, dass die Frage gerade jetzt beantwortet werden muss, ob das Baselbiet diesen Entscheid isoliert treffen soll – oder ob man gemeinsam mit Basel-Stadt strategisch planen will. Das gilt erst recht – das hat Sven Inäbnit vorher gesagt –, nachdem sich die Ausgangslage geändert hat: Auch im Kanton Basel-Stadt wird langsam, aber sicher (zumindest im Parlament) klar, dass die Planung zusammen stattfinden soll. Es geht eben um die Spitalplanung und nicht um die Versorgungsplanung, die vorher angesprochen wurde. Wenn der Landrat jetzt diesen Entscheid für die nächsten Jahrzehnte fällen würde, drohen Doppelspurigkeiten, Überkapazitäten und hohe Kosten zulasten der öffentlichen Hand und der Prämienzahlenden. Markus Graf hat es gesagt: Entweder der Landrat überweist diesen Vorstoss dringlich und lässt die neuen Erkenntnisse in die Diskussion einfliessen – oder er lässt es sein. Eine spätere Koordination wäre nicht nur schwieriger, sondern möglicherweise schlicht zu spät. Darum bittet der Redner, die Dringlichkeit zu bejahen, damit der Landrat am Nachmittag inhaltlich diskutieren kann.

Die Dringlichkeit komme nicht von den beiden Fraktionen, sagt **Marco Agostini** (Grüne). Sie kommt einerseits vom Verwaltungsrat des KSBL und zweitens vom Regierungsrat. Seit man die Vorlage im April auf den Tisch bekommen hat, wird unablässig Druck auf das Parlament ausgeübt. Der Druck und die Dringlichkeit kommen also nicht von den Leuten, die den Vorstoss eingereicht haben. Das Parlament muss sich aber die nötige Zeit nehmen, bevor es Milliarden ausgibt. Darum müssen die Parlamente vorher noch einmal Druck auf ihre Regierungsräte machen. Es ist unsäglich, dass die beiden Regierungen nicht über das Thema sprechen. Immer ist der andere schuld, das hört man immer wieder. Damit muss Schluss sein. Sonst arbeitet man aneinander vorbei – das ist ein No-Go, weil es beide Kantone extrem viel Geld kostet. Darum muss jetzt – vor dem Milliardenentscheid – über das Thema diskutiert werden.

Regierungsrat **Anton Lauber** (Die Mitte) weist darauf hin, dass Basel-Stadt bereits baue.

://: Mit 42:39 Stimmen bei 1 Enthaltung wird die Motion nicht für dringlich erklärt. Das erforderliche 2/3-Mehr liegt bei 55 Stimmen.